

Ausgabe vom: 6. August 2025

Mahnung in Zeiten des Wettrüstens

Lars Pohlmeier

verweist auf die gewaltige Zerstörungskraft von Atomwaffen und wertet die Diskussion über eine deutsche oder europäische Atombombe als politisch fahrlässig.

80 Jahre nach dem Inferno von Hiroshima und Nagasaki ist das Risiko eines Atomkrieges so hoch wie nie. Mehrere Atommächte sind in aktive Kriege verwickelt und bedrohen sich gegenseitig mit Atomwaffen. Im Januar ist die Weltuntergangsuhr so nah an Mitternacht gerückt wie noch nie seit 1947. Alle Atommächte rüsten nuklear auf. Die neun Atomwaffenstaaten gaben 2024 mehr als 100 Milliarden Dollar für ihre Atomarsenale aus – das sind 190 151 Dollar pro Minute. Auch Deutschland beteiligt sich im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ an dieser Aufrüstung, indem es neue F35-Kampfbomber für die US-Atomwaffen in Büchel beschafft. Für die neuen Waffen und Jets muss der Luftwaffenstützpunkt umgebaut werden. Die Kosten stiegen von ursprünglich geplanten 700 Millionen auf bis zu zwei Milliarden Euro. Die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz und die für 2026 geplante Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland erhöhen das Atomkriegsrisiko weiter.

Gleichzeitig ist das Wissen über die realen, menschlichen und medizinischen Folgen eines Atomschlags in der Öffentlichkeit weitgehend verloren gegangen. Das zeigen zum Beispiel die im Oktober 2024 herausgegebenen Empfehlungen der Strahlenschutzkommission zur Vorbereitung auf einen Atomschlag in Deutschland, die suggerieren, die Bevölkerung könne vor einem Atomwaffeneinsatz geschützt werden.

Atomwaffen unterscheiden sich von allen anderen Waffen durch



Der Gastautor ist Co-Vorsitzender der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges e.V. (IPPNW).

das Ausmaß der unmittelbaren Zerstörung und durch die katastrophalen humanitären Folgen. Dies zeigen die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki mit über 200 000 Toten und mehr als 60 000 Verbrennungsoptionen. Die heutigen Wasserstoffbomben haben eine viel höhere Zerstörungskraft. Die Folgen eines Atomkrieges sind medizinisch nicht zu bewältigen. Kein Gesundheitssystem der Welt hat die Möglichkeit, eine so große Zahl von Verbrennungspatientinnen und -patienten und anderen Opfern zu behandeln.

Katastrophenübungen und Empfehlungen zur „Krisenresilienz“ täuschen eine Sicherheit vor, die es nicht gibt. Vorbereitungsmaßnahmen schaffen die Illusion der Beherrschbarkeit eines Atomkrieges und fördern indirekt die Bereitschaft, sich auf etwas einzustellen, was auf jeden Fall verhindert werden muss. Ein Einsatz von Atomwaffen in einem dicht besiedelten Gebiet würde hunderte tausende Menschen töten – sofort oder qualvoll in den Tagen danach.

Ohne Hilfe, ohne Medikamente, ohne Behandlung.

Mit dem Atomwaffenverbotsvertrag gibt es ein Abkommen, das auch heute einen Weg zur atomaren Abrüstung aufzeigt. Dieser UN-Vertrag, an dessen Entstehung die internationale IPPNW zentral mitgewirkt hat, muss gestärkt werden. Seit der Wahl von Donald Trump werden in Deutschland wieder Forderungen nach eigenen oder europäischen Atombomben laut. Erst kürzlich sprach sich CDU-Fraktionschef Jens Spahn für einen europäischen Atomschutzschirm unter deutscher Führung aus. Doch das wäre weder mit dem Nichtverbreitungsvertrag noch mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag vereinbar. Beide Verträge verpflichten Deutschland, auf eigene Atomwaffen und die Übernahme von Kontrolle über Atomwaffen zu verzichten.

Deutsche Soldatinnen und Soldaten würden die Atomwaffen in Büchel im Ernstfall auf US-Befehl hin einsetzen und damit gegen das Völkerrecht verstoßen. Die derzeitige technische Aufrüstung der US-Atomwaffen zu Lenkwaffen mit verstellbarer Sprengkraft erhöht die Wahrscheinlichkeit ihres Einsatzes. Die Diskussion über eine deutsche oder europäische Atombombe ist politisch fahrlässig. Jetzt muss diplomatisch alles getan werden, um den Nichtverbreitungsvertrag zu erhalten. Eine weitere Aushöhlung oder gar ein Ausstieg Deutschlands aus dem Vertrag würde mit hoher Wahrscheinlichkeit die internationalen Rüstungskontrollabkommen zu Atomwaffen nachhaltig beschädigen, wenn nicht zerstören.